

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

der Stellenplan für das kommende Jahr 2022 ist der letzte zu verabschiedende im ablaufenden Haushaltssicherungskonzept.

Die letzten zehn Jahre waren geprägt von einem starken Sparwillen, oftmals von einem Sparzwang, der sich, bei steigenden Anforderungen an die kommunalen Verwaltungen, massiv im Bereich der Personalaufwendungen auswirken musste. Allerdings: rein rechnerisch sind seit 2013 gerundet 80 Stellen hinzugekommen, davon 24 in der Kernverwaltung.

Sind damit die zusätzlichen Aufgaben, die im Laufe der letzten Jahre durch die anderen Ebenen den Kommunen aufgegeben wurden, aufgefangen und finanziert worden?

Ich möchte es bei dieser rhetorischen Frage belassen. Ob Digitalisierung oder Klimaschutz – um bei zwei aktuellen Beispielen zu bleiben – die Kommunen stehen regelmäßig allein da, um den wachsenden Anforderungen und hohen Ansprüchen gerecht zu werden. Dankenswerterweise stehen regelmäßig - befristet -Fördergelder zur Verfügung. Eine dauerhafte Finanzierung von Stellen ist damit nicht möglich, sodass regelmäßig die Weiterfinanzierung, somit auch die Weiterführung der Aufgabe, in Frage gestellt werden muss.

Und damit sind die Wunschzettel der Politik – natürlich auch im Auftrag der Wählerinnen und Wähler – gar nicht erst abgearbeitet.

Zusätzliche Stellen finden sich für das Jahr 2022 in den Bereichen E-Government und ADV – pflichtige Aufgabe aufgrund Gesetzeslage - weiterhin wurde unter anderem der Fachbereich Planung, Bauen und Umwelt aufgestockt – notwendig aufgrund der gestiegenen qualitativen und quantitativen Anforderungen. Der Bereich Grünpflege ist uns wichtig. Nicht nur, damit die Stadt „hübsch“ aussieht – das liegt im Auge des Betrachters. Sondern aufgrund der Tatsache, dass die vorhandene Arbeit auch wegen der Wetterextreme mit dem vorhandenen Personal kaum noch leistbar ist. Wichtig ist uns aber auch die Schulsozialarbeit, über die wir uns fraktionsübergreifend immer einig waren – insbesondere über ihren Stellenwert in dem sozialen Gefüge unserer Stadt.

Umso mehr begrüßt es die SPD-Fraktion, dass nunmehr alle! Schulsozialarbeiter*innen über unbefristete Verträge verfügen.

Für das Jahr 2022 werden erneut insgesamt 9 neue Auszubildende nach Plan in den unterschiedlichen Berufen eingestellt. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung des Personals der Stadt Kamen wäre es begrüßenswert, noch mehr Auszubildende einzustellen. Perspektivisch wird mehr Personal benötigt, der Altersdurchschnitt ist, wie in allen Rathäusern, hoch. Aber Ausbildung kostet nicht nur Geld, sondern auch personelle Kapazitäten. Ausbildung mit Anspruch und Ernsthaftigkeit bindet vorhandenes Personal massiv, da Auszubildende „nicht nebenherlaufen“. Diejenigen, die selbst schon ausgebildet haben, wissen wovon ich rede. Auch die Anschlussperspektive ist sicherzustellen. Schließlich kann Personal nicht irgendwo zwischengelagert und bei Bedarf, z.B. bei einem Renteneintritt, aus der Tasche oder dem Keller gezaubert werden. Rein rechnerisch werden weiterhin externe Bewerber auf Stellenausschreibungen benötigt werden, um die Stadt Kamen auch zukünftig handlungsfähig zu halten. Die Jahre, in denen nicht ausgebildet werden konnte, schlagen hier stark zu Buche.

Mit dem Personalentwicklungskonzept, das jetzt aufgelegt werden soll, können seitens der Verwaltung noch einmal Weichen für die Zukunft gestellt werden. Eine Perspektive für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dazu bereit sind, sich weiterzuentwickeln und sich auf den Weg zu machen. Das gehört zu einer modernen Verwaltung dazu.

Gleiches gilt für die „mobile Arbeit“, die, auch aufgrund der andauernden Pandemie, Einzug gehalten hat in die Kernverwaltung der Stadt Kamen.

Individuelle Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sind heute wichtige weiche Faktoren der Personalgewinnung. Ich spreche für die SPD-Fraktion wenn ich sage, dass diese Entwicklungen ausdrücklich zu begrüßen sind!

Bereits in den letzten Jahren habe ich für die SPD-Fraktion darauf hingewiesen, dass wir uns ernsthaft mit der Frage der Standards auseinandersetzen müssen. Zwar läuft das aktuelle Haushaltssicherungskonzept bis einschließlich 2022. Ich bin mir aber sicher, dass zukünftig nicht plötzlich der warme Geldregen auf uns niederkommen wird. Wir werden weiterhin ganz genau schauen müssen, wo wir in welchem Umfang eine Erweiterung des Stellenplans zu lassen. Wir werden uns anschauen müssen,

wie zusätzlicher personeller Aufwand sicher und dauerhaft gegenfinanziert werden kann. Alles andere wäre unseriös und würde dahinführen, was wir in den letzten Jahren diszipliniert vermieden haben – zu einem reinen Wunschzettel der Politik.

Verwaltung arbeitet für die Bürgerinnen und Bürger, dazu gehören der persönliche Kontakt und unbedingt die Beratungsleistung. Dazu gehört zukünftig aber auch, dass wenn Leistungen in digitaler Form erbracht werden können, andere Formen der Leistungserbringung reduziert werden können und müssen. Es kann nicht beides parallel im gewohnten Umfang nebeneinanderher laufen. Natürlich muss Verwaltung weiterhin mindestens barrierearm, besser barrierefrei für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein. Nicht alle Dienstleistungen und Aufgaben der Verwaltung lassen sich digitalisieren, oder nur bedingt. Ich denke da insbesondere an Bereiche wie den ASD des Jugendamtes. Nichtsdestotrotz müssen wir uns dessen bewusst sein, dass viele grundsätzliche Veränderungen anstehen, schon begonnen haben, die uns bekannte Welt der Verwaltung zu verändern.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleben das bereits jeden Tag und setzen sich damit auseinander. Mit den gestiegenen Ansprüchen an ihre Arbeit, seitens der Bürgerinnen und Bürger, seitens des Gesetzgebers. Arbeitsverdichtung ist hier nur ein Stichwort.

Und deshalb gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich jeden Arbeitstag erneut diesen Herausforderungen stellen.

Als SPD-Fraktion werden wir dem vorliegenden Stellenplan zustimmen.